ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Schüler, Ruth M.

Article

Sorgen um die Altersversorgung in Deutschland: Determinanten und normative Implikationen

IW-Trends - Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung

Provided in Cooperation with:
German Economic Institute (IW), Cologne

Suggested Citation: Schüler, Ruth M. (2022) : Sorgen um die Altersversorgung in Deutschland: Determinanten und normative Implikationen, IW-Trends - Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung, ISSN 1864-810X, Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln, Vol. 49, Iss. 1, pp. 21-39,
https://doi.org/10.2373/1864-810X.22-01-02

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/254304

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Vierteljahresschrift zur empirischen
Wirtschaftsforschung, Jg. 49

IW-Trends 1/2022

Sorgen um die Altersversorgung in Deutschland

Ruth Maria Schüler

INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

Vorabversion aus: IW-Trends, 49. Jg. Nr. 1
Herausgegeben vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V.

Verantwortliche Redakteure:
Prof. Dr. Michael Grömling, Telefon: 0221 4981-776
Holger Schäfer, Telefon: 030 27877-124
groemling@iwkoeln.de · schaefer.holger@iwkoeln.de · www.iwkoeln.de

Die IW-Trends erscheinen viermal jährlich, Bezugspreis € 50,75/Jahr inkl. Versandkosten.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung erhalten Sie über
lizenzen@iwkoeln.de.

ISSN 0941-6838 (Printversion)
ISSN 1864-810X (Onlineversion)

© 2022 Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH
Postfach 10 18 63, 50458 Köln
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-452
Fax: 0221 4981-445
iwmedien@iwkoeln.de
www.iwmedien.de

Sorgen um die Altersversorgung in Deutschland: Determinanten und normative Implikationen

Ruth Maria Schüler, März 2022

Zusammenfassung

Das Rentenniveau wird für zukünftige Rentnergenerationen regelgebunden sinken. Deshalb erfordert eine Absicherung des Lebensstandards im Alter – wie mit den Rentenreformen Anfang der 2000er Jahre eingeleitet – neben der gesetzlichen Rente eine private und betriebliche Vorsorge. Allerdings sind Formen der betrieblichen und privaten Altersvorsorge in bestimmten Bevölkerungsgruppen, etwa bei Personen mit niedrigen Einkommen, unterdurchschnittlich verbreitet. In der vorliegenden Untersuchung wird dargelegt, wie die Absicherung im Alter aus Sicht von Individuen wahrgenommen wird. Hierfür wird anhand von Daten des Sozioökonomischen Panels analysiert, wie die Sorgen um die eigene Altersversorgung in der Bevölkerung verteilt sind. Dabei zeigt sich, dass sich Frauen, Mieter, Geschiedene und Personen mit relativ niedrigem Einkommen mit höherer Wahrscheinlichkeit größere Sorgen um ihre Altersversorgung machen als die entsprechenden Vergleichsgruppen. Zudem geht eine betriebliche Altersvorsorge mit einer niedrigeren Wahrscheinlichkeit einher, sich große Sorgen um die Altersversorgung zu machen. Wenn im Koalitionsvertrag unter anderem ein Prüfauftrag zugunsten einer obligatorischen Vorsorgepflicht mit einer Ausstiegsklausel verabredet wird, dann sprechen die hier vorgestellten empirischen Befunde eher dafür, Bevölkerungsgruppen mit tendenziell hohen Altersarmutsrisiken in den Blick zu nehmen und dort Vorsorgeanstrengungen gezielt zu fördern.

Stichwörter: Altersvorsorge, Wahrnehmung, Rentenpolitik
JEL-Klassifikation: H55, J26, J32

DOI: 10.2373/1864-810X.22-01-02

Angst vor Altersarmut

Im Jahr 2001 wandte sich die damalige rot-grüne Bundesregierung von dem Ziel der Lebensstandardsicherung in der Gesetzlichen Rentenversicherung ab. Dazu wurde die Sicherungsarchitektur um eine Förderung privater Altersvorsorge ergänzt und um die Möglichkeiten betrieblicher Vorsorge erweitert. Nach rund zwei Jahrzehnten zeigen die empirischen Befunde zur Verbreitung der zweiten und dritten Säule der Alterssicherung aber, dass sich hier nur ein Teil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten engagiert. Auf der einen Seite ist die Einordnung dieser Befunde wissenschaftlich umstritten, weil Vorsorge auch in nicht geförderten Formen effizient betrieben werden kann (Kochskämper, 2016). Deshalb kann die Verbreitung einer spezifischen Anlageform nicht hinreichend für die Einordnung möglicher Armutsrisiken im Alter sein. Auf der anderen Seite hat sich vor allem in der medialen Berichterstattung ein Narrativ des „rechtschaffenen Rentners" etabliert, der „jahrzehntelang geschuftet hat" und dessen Rente trotzdem nicht für den Lebensunterhalt reicht (Diermeier/Niehues, 2021). So scheint es wenig verwunderlich, dass die Armutsgefährdungsquote von Rentnern in einer repräsentativen Befragung mit einem Median von 48 Prozent deutlich überschätzt wird. Gemäß den Daten des Mikrozensus lag die Armutsgefährdungsquote von Rentnern im Jahr 2019 mit gut 17 Prozent deutlich niedriger und somit nur unwesentlich über der allgemeinen Armutsgefährdungsquote, welche mit 16 Prozent beziffert wurde (Niehues/Schüler/Tissen, 2021). Die Altersarmutsgefährdungsquote ist eine Kennziffer, die für die Gesamtbevölkerung gilt und wenig über persönliche Armutsrisiken aussagen kann, zumal sie sich ausschließlich auf die Einkommensverteilung ohne Rücksicht auf die Vermögensverteilung bezieht. Damit bleibt die Frage offen, wie die Bevölkerung hierzulande ihr eigenes persönliches Risiko in Bezug auf eine Armutsgefährdung im Alter einschätzt.

Vor dem Hintergrund eines erwarteten sinkenden Rentenniveaus und einer nach Einkommen unterschiedlichen Verbreitung von privater und betrieblicher Altersvorsorge wird im Folgenden untersucht, wie die Sorgen um die eigene Altersversorgung bei unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen in Deutschland verteilt sind. Um zu beantworten, in welchen Bevölkerungsgruppen diese gehäuft auftreten, werden die Zusammenhänge zwischen soziodemografischen Merkmalen und der Sorge um die Altersversorgung untersucht. Ein erster empirisch-deskriptiver Befund gemäß den Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) zeigt, dass sich im Jahr

2019 knapp 30 Prozent der Bevölkerung in Deutschland sehr um ihre Altersversorgung sorgten. Darauf aufbauend wird untersucht, ob es einen Zusammenhang zwischen dem Engagement in der privaten und betrieblichen Altersvorsorge und den Sorgen um die Altersversorgung gibt.

Die Befunde sind vor dem Hintergrund der Koalitionsvereinbarungen der neuen Bundesregierung relevant, die eine allgemein verpflichtende private Altersvorsorge mit der Möglichkeit einer Ausstiegsklausel (Opt-out) prüfen lassen will. Der Prüfauftrag der Ampel-Koalition bezüglich einer verpflichtenden privaten Altersvorsorge, gegebenenfalls kombiniert mit einer staatlich verwalteten Fondslösung, stellt allerdings nur eine mögliche Option dar, zu einer weiteren Verbreitung der Privatvorsorge beizutragen. Denn selbst bei einer Opt-out-Regel gilt es abzuwägen, dass mit einer Verpflichtung weitreichende Eingriffe in die individuelle Lebensplanung verbunden sein können. So kann die relativ geringe Verbreitung der betrieblichen Vorsorge in jüngeren Lebensjahren rationalen Erwägungen folgen, weil zunächst Motive der Weiterbildung und Familienplanung dominieren, ehe Wirtschaftssubjekte mit zunehmender Etablierung der Lebensverhältnisse in die Altersvorsorge investieren (Beznoska/Pimpertz, 2016). Eine Verpflichtung zur Privatvorsorge könnte deshalb dazu führen, grundsätzlich präferenzgerechte Entscheidungen zu verzerren. Neben den geförderten Optionen der Altersvorsorge können nicht geförderte Anlageformen je nach soziodemografischem Hintergrund überlegen sein (Kochskämper, 2016). Aus ökonomischer Perspektive ist deshalb die Option einer obligatorischen Privatvorsorge gegen andere Möglichkeiten zur Förderung eigenverantwortlicher Altersvorsorge abzuwägen. Während aber die individuellen Vorsorgeplanungen und Entscheidungen der Wirtschaftssubjekte langfristiger Natur sind, neigen politische Akteure angesichts kurz- bis mittelfristiger Zeithorizonte zu Entscheidungen, die auf Sicht sozialpolitische Handlungskompetenz signalisieren. Vor diesem Hintergrund sind empirische Erkenntnisse zur Verbreitung der Sorge um die Altersversorgung relevant, um Entscheidungshilfen für langfristig wirksame Maßnahmen anbieten zu können.

Datenbasis SOEP

Für die vorliegende Analyse werden Daten des SOEP ausgewertet. Das SOEP ist eine repräsentative Befragung, die seit 1984 jährlich Personen in Privathaushalten konsultiert. Neben umfangreichen Informationen zu sozioökonomischen Merkma-

len werden seit 2015 die Sorgen um die Altersversorgung abgefragt. 2013 wurde zum ersten Mal eine Sonderbefragung zur betrieblichen und geförderten privaten Altersvorsorge durchgeführt (Beznoska/Pimpertz, 2016). Auf Basis des SOEP, Version 36, liegen für das Jahr 2018 allgemeine Merkmalsdaten und Daten zur betrieblichen und geförderten privaten Altersvorsorge vor. Dies erlaubt die Untersuchung eines möglichen Zusammenhangs zwischen Sorgen um die Altersversorgung und sozioökonomischen Merkmalen einerseits sowie privatem und betrieblichem Vorsorgeverhalten andererseits für das Jahr 2018. Es wird mit zwei unterschiedlichen Samples gearbeitet: der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (Personen zwischen 18 und unter 65 Jahren) und der Bevölkerung ab 65 Jahren, die annahmegemäß bereits im Ruhestand ist. Für das Sample im erwerbsfähigen Alter liegen gut 18.000 Beobachtungen vor. Das Sample der über 65-jährigen Rentner besteht aus gut 4.000 Beobachtungen.

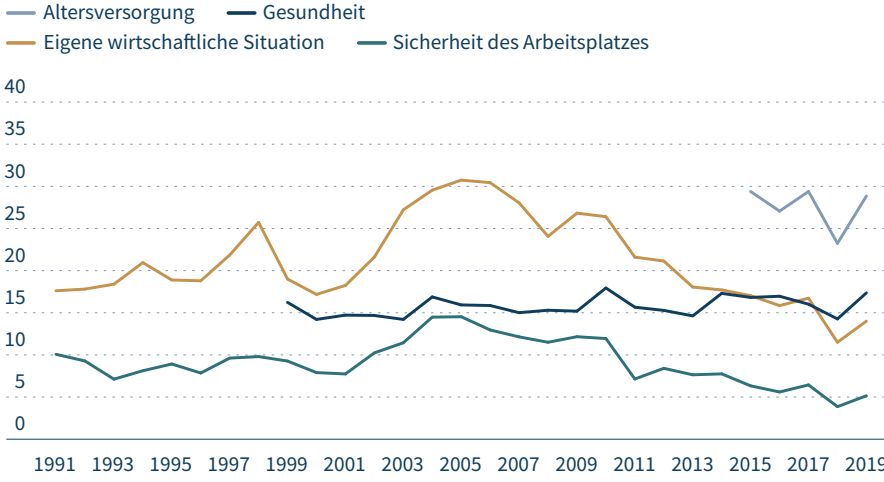
Gegenwarts- und Zukunftssorgen

Der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, der sich große Sorgen um die individuelle Altersversorgung macht, liegt mit knapp unter 30 Prozent deutlich höher als in den anderen drei hier gewählten Kategorien, die die individuelle Situation der Befragten ebenfalls betreffen (Abbildung 1). So ist der Anteil von Menschen mit großen Sorgen um die eigene Gesundheit in den Vergleichsjahren 2015 bis 2019 mit gut 15 Prozent nur etwa halb so hoch. Während dieser Anteil langfristig weitgehend stabil ist, hat sich der Anteil der Bevölkerung, der sich große Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation macht, seit dem Höchststand im Jahr 2006 von gut 30 Prozent bis zuletzt halbiert. Der Anteil der Befragten, der angibt, sich große Sorgen um die Sicherheit des Arbeitsplatzes zu machen, ging langfristig ebenfalls zurück und liegt seit 2011 unter 10 Prozent. Er ist damit deutlich niedriger als der Anteil bezüglich der Sorgen um die Altersversorgung.

Die relativ höher bewerteten Sorgen um die Altersversorgung können sich daraus erklären, dass sie sich auf die Zukunft beziehen, während Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation, den Verlust des Arbeitsplatzes und um die eigene Gesundheit auf die (unmittelbare) Gegenwart gerichtet sind und somit konkreter erscheinen. Zukunftssorgen scheinen aufgrund der Unsicherheit langfristiger Entwicklungen schwerer zu wiegen als die Sorgen im Hier und Jetzt. Generell liegen Sorgen um Themen, welche nicht oder nur im geringen Maß durch die Befragten

Sorgen um die eigene Altersversorgung im Vergleich Abbildung 1

Anteil der Bevölkerung[1] in Deutschland mit großen Sorgen um die eigene Altersversorgung, Gesundheit, wirtschaftliche Situation und Arbeitsplatzsicherheit in Prozent



1) Erwerbsfähige Bevölkerung im Alter von 18 bis unter 65 Jahren.
Quellen: SOEP v36; Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 1: http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/Bw9XKmKJfEi6ZNR

beeinflussbar sind, höher als jene Sorgen, die individuelle Belange der Befragten direkt betreffen. So sorgten sich im Jahr 2019 gut 46 Prozent der Befragten sehr um das Klima, 45 Prozent äußerten große Sorgen um den Erhalt des Friedens und 44 Prozent um die Umwelt. Zwischen 32 und knapp 37 Prozent der Befragten äußerten im Jahr 2019 außerdem große Sorgen um Fremdenfeindlichkeit, die Entwicklung der Kriminalität und den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft. Der Bevölkerungsanteil mit großen Sorgen hinsichtlich der Zuwanderung sank 2018 zum ersten Mal seit 2015 wieder knapp unter die 30-Prozent-Marke.

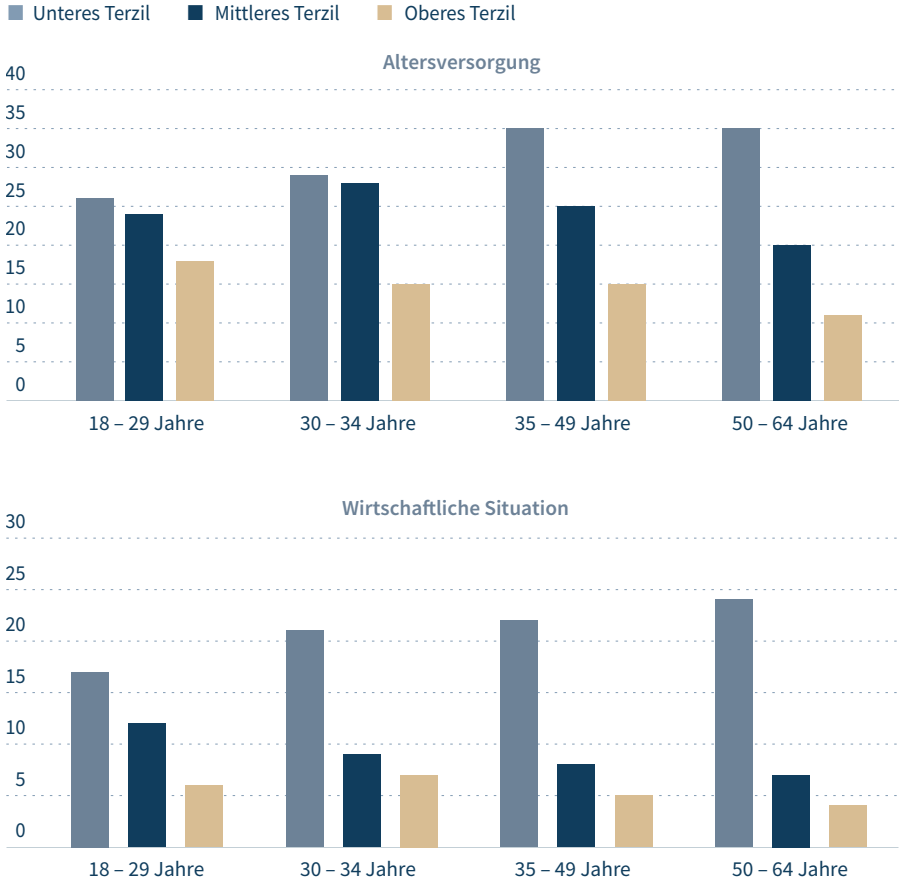
Differenzierung nach Einkommen und Alter

In Abbildung 2 wird für die beiden Kategorien Altersversorgung und wirtschaftliche Situation das Sorgenniveau nach Einkommensdritteln und Alterskohorten gezeigt. Dafür wird die betrachtete Bevölkerung in vier Altersgruppen eingeteilt: Personen zwischen 18 und unter 30 Jahren, die sich zum größten Teil noch in der Ausbildung oder im Studium befinden; Personen zwischen 30 und unter 35 Jahren, für die angenommen wird, am Anfang ihres Berufslebens zu stehen; im Berufsleben Eta-

Sorgen um die Altersversorgung und wirtschaftliche Lage nach Einkommen und Alter

Abbildung 2

Anteil von Personen[1] in Deutschland mit großen Sorgen um die eigene Altersversorgung und eigene wirtschaftliche Situation sowie nach Einkommensterzilen und Alterskohorten im Jahr 2018 in Prozent



1) Erwerbsfähige Bevölkerung im Alter von 18 bis unter 65 Jahren. Betrachtet wird das bedarfsgewichtete Haushaltsnettoeinkommen. Die Einkommensterzile teilen die vier Alterskohorten jeweils in drei gleich große Einkommensgruppen.
Quellen: SOEP v36; Institut der deutschen Wirtschaft

Abbildung 2: http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/4GZj5skrCzkmrq9

blierte zwischen 35 und unter 50 Jahren sowie Personen im Alter von 50 bis einschließlich 64 Jahren, die in der letzten Phase ihres Berufslebens stehen und für die der Übergang in den Ruhestand bevorsteht. Es handelt sich dabei um eine

Querschnittsbetrachtung, womit die untersuchten Kohorten unterschiedliche Voraussetzungen aufweisen, für das Alter vorzusorgen. Während die drei Altersgruppen unter 50 Jahren unter den Bedingungen des Drei-Säulen-Systems vorsorgen können, ist die Kohorte der über 50-Jährigen unterschiedlich stark von der Abkehr vom Ein-Säulen-System und der Ergänzung um die private Altersvorsorge betroffen. So waren die jüngsten Befragten dieser Kohorte 33 Jahre alt, als der Paradigmenwechsel weg von der ausschließlich den Lebensstandard sichernden gesetzlichen Rente beschlossen wurde, die Ältesten hingegen 48 Jahre alt. Sie standen im Jahr 2001 in einem fortgeschrittenen Abschnitt ihres Erwerbslebens.

Die Einkommensdrittel werden für die jeweilige Altersgruppe ermittelt, da angenommen wird, dass zur Bestimmung der relativen Einkommensposition die jeweilige Alterskohorte die relevante Vergleichsgruppe darstellt. Hierfür wird das bedarfsgewichtete Haushaltsnettoeinkommen verwendet, es werden also Einkommen nach Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen inklusive Renten und sozialer Transfers betrachtet. Bei Wohneigentümern, die im Eigenheim leben, wird zusätzlich der monatliche Nettomietvorteil berücksichtigt. Die Einkommen werden unter Berücksichtigung der modifizierten OECD-Äquivalenzskala bedarfsgewichtet. Dieser Logik folgend muss ein Paar ohne Kinder das 1,5-Fache des Einkommens eines Singlehaushalts zur Verfügung haben, um den gleichen Lebensstandard zu erreichen. Eine Familie mit einem Kind unter 14 Jahren benötigt das 1,8-fache Einkommen eines Alleinstehenden. Diese Betrachtung ermöglicht es, die relative Einkommensposition der Befragten innerhalb einer Alterskohorte zu bestimmen.

Für beide Sorgenkategorien und alle Alterskohorten gilt: Je besser die Position in der Einkommensverteilung ist, desto niedriger ist das Sorgenniveau. Vor allem das obere Einkommensdrittel äußert deutlich niedrigere Sorgen als die beiden Vergleichsgruppen. Während für die Kohorten der 18- bis 29-Jährigen und der 30- bis 34-Jährigen die Sorgen um die Altersversorgung für das untere und das mittlere Einkommensdrittel fast gleichauf liegen, liegt das Sorgenniveau des unteren Einkommensdrittels in den Kohorten der im Berufsleben Etablierten und der Befragten in der letzten Phase ihres Berufslebens deutlich höher als das Sorgenniveau des mittleren und oberen Einkommensdrittels. In diesen beiden Kohorten nannte gut ein Drittel der Befragten im unteren Einkommensdrittel große Sorgen. Da für die Gruppe der 50- bis 64-Jährigen der Renteneintritt kurz bevorsteht und die Mög-

lichkeiten zur Altersvorsorge sehr beschränkt sind, ist dies ein erwähnenswerter Befund.

Determinanten der Sorgen um die Altersversorgung

Diese erste deskriptive Auswertung hat gezeigt, dass sich das Sorgenprofil des unteren Einkommensdrittels deutlich von dem des mittleren und oberen Einkommensterzils unterscheidet. Im Folgenden werden in einer simultanen Betrachtung weitere Merkmale untersucht, die Sorgen um die Altersversorgung bedingen können. Hierfür werden soziodemografische Merkmale wie Geschlecht, Alter, Region, Wohnform, Migrationshintergrund und Bildungsstand betrachtet. Daneben erfasst der Familienstand und die Anzahl der Kinder im Haushalt den Haushaltskontext. Schließlich werden mit dem Beschäftigungsstatus, dem (bedarfsgewichteten) Haushaltsnettoeinkommen, dem Anteil, den die befragte Person zum Haushaltsnettoeinkommen beiträgt, und der Arbeitserfahrung in Teilzeit die Erwerbssituation und finanzielle Ausstattung erfasst. Es wird davon ausgegangen, dass für die wahrgenommenen Sorgen im Alter das Einkommen ausschlaggebend ist, um die Wohlstandsposition der Befragten zu bestimmen. Die Vermögensverteilung wird explizit ausgeblendet. Das liegt vor allem daran, dass sich die Abgrenzung zwischen Einkommen und Vermögen im SOEP als schwierig gestaltet (Calderón et al., 2021). Indem zwischen Mietern und Wohneigentümern unterschieden wird, wird implizit das Vermögen in Form einer Immobilie berücksichtigt.

Das Sorgenniveau einer Person kann neben sozioökonomischen Merkmalen von der psychologischen Disposition bestimmt sein, also etwa davon, ob die Person generell dazu neigt, sich größere Sorgen zu machen. Eine solche Variable wird im SOEP nicht erfasst. Stattdessen wird in der vorliegenden Analyse zudem für die Risikobereitschaft kontrolliert. Hierfür bewerten die Befragten ihre Risikobereitschaft auf einer Skala von 0 (keine Risikobereitschaft) bis 10 (sehr hohe Risikobereitschaft).

Um den Zusammenhang zwischen der Sorge um die Altersversorgung und den vorgestellten Merkmalen zu untersuchen, wird eine logistische Regression geschätzt. Dabei gibt die zu erklärende Dummy-Variable an, ob sich die Person große oder keine/einige Sorgen um die Altersversorgung macht. Damit die Größe der Koeffizienten interpretiert werden kann, werden durchschnittliche marginale Ef-

fekte (Average Marginal Effects – AME) berechnet. Für den Zusammenhang von Kindern im Haushalt und den Sorgen um die Altersversorgung wird in einer ersten Schätzung für das ungewichtete Haushaltsnettoeinkommen kontrolliert (Tabelle 1, Spalte 2). In den folgenden zwei Schätzgleichungen (Tabelle 1, Spalten 3 und 4) wird dann das bedarfsgewichtete Haushaltsnettoeinkommen verwendet, ohne für die Anzahl der Kinder im Haushalt zu kontrollieren. Die Quintile des Haushaltseinkommens werden – anders als in Abbildung 2 – über alle Beobachtungen hinweg berechnet. Sie zeigen also die relative Einkommensposition innerhalb des Samples (Bevölkerung zwischen 18 und 65 Jahren) an. In der letzten Schätzgleichung (Tabelle 1, Spalte 4) wird zusätzlich zu den sozioökonomischen Merkmalen für die Risikobereitschaft kontrolliert.

Soziodemografische Merkmale

Frauen äußern im Vergleich zu Männern mit einer höheren Wahrscheinlichkeit große Sorgen um die Altersversorgung (Tabelle 1). Dabei liegt das Sorgenniveau von Frauen im Durchschnitt 3 Prozentpunkte über dem von Männern und ist auf dem 5-Prozent-Niveau statistisch signifikant. Dies kann verschiedene Gründe haben:

- Frauen haben häufiger unterbrochene Erwerbsverläufe, zum Beispiel, weil sie für die Kinderbetreuung oder die Pflege von Angehörigen zeitweise aus dem Erwerbsleben ausscheiden.
- Durch eine häufigere Beschäftigung in Teilzeit haben Frauen im Durchschnitt niedrigere Rentenanwartschaften als Männer.
- Witwenrenten stellen für heutige Rentnerinnen einen wesentlichen Teil der Rentenbezüge dar. Geschiedene und unverheiratete Frauen haben keinen Anspruch auf eine Witwenrente. Unsicherheit über die Stabilität einer Beziehung und die Lebenserwartung des Partners könnten bei Frauen mit niedrigen eigenen Rentenansprüchen zu größeren Sorgen bei der Altersversorgung führen.
- Die politische Debatte und die medialen Diskurse, etwa um die sogenannte Mütterrente, könnten die Sorgen um die Altersversorgung bei Frauen verstärkt haben. Hier bleibt allerdings unklar, ob die politischen Reformen eine Reaktion auf ein gesellschaftliches Stimmungsbild sind oder ob sie es zusätzlich beeinflusst haben.
- Frauen könnten generell ein höheres Sorgenniveau haben als Männer.

Soziodemografische Merkmale und Sorgen um die Altersversorgung

Tabelle 1

Marginale Effekte (AME) aus einem Logit-Modell. Die abhängige Variable ist ein Dummy, der angibt, ob die Befragten im Jahr 2018 große Sorgen um die Altersversorgung äußerten[1)]

	Haushaltsnetto-einkommen	Bedarfsgewichtetes Haushalts-nettoeinkommen	
Geschlecht (Referenz: männlich)			
Weiblich	0,030** (0,011)	0,034** (0,011)	0,031** (0,011)
Alter (Referenz: unter 35 Jahren)			
35 bis unter 50 Jahren	0,024 (0,015)	0,025 (0,015)	0,022 (0,015)
50 bis 65 Jahre	–0,000 (0,017)	0,008 (0,016)	0,004 (0,016)
Region (Referenz: Westdeutschland)			
Ostdeutschland	0,003 (0,012)	0,001 (0,012)	0,003 (0,012)
Wohnform (Referenz: Eigentümer)			
Mieter	0,066*** (0,011)	0,064*** (0,011)	0,063*** (0,011)
Migrationshintergrund (Referenz: kein Migrationshintergrund)			
Direkter Migrationshintergrund	–0,010 (0,014)	–0,016 (0,014)	–0,021 (0,014)
Indirekter Migrationshintergrund	–0,052** (0,017)	–0,058*** (0,017)	–0,060*** (0,017)
Bildungsstand (Referenz: kein universitärer Abschluss)			
Bachelor	–0,020 (0,101)	–0,004 (0,094)	–0,001 (0,093)
Master	–0,081 (0,101)	–0,063 (0,095)	–0,061 (0,094)
Promotion	–0,063 (0,113)	–0,042 (0,109)	–0,038 (0,108)
Familienstand (Referenz: ledig)			
Verheiratet	0,011 (0,015)	0,002 (0,014)	–0,001 (0,014)
Geschieden	0,052* (0,020)	0,052* (0,021)	0,049* (0,021)
Verwitwet	–0,034 (0,033)	–0,035 (0,034)	–0,040 (0,033)
Kinder im Haushalt (Referenz: keine Kinder)			
1 Kind	0,021 (0,014)		
2 Kinder	0,016 (0,017)		
3 und mehr Kinder	0,017 (0,023)		
Beschäftigungsstatus (Referenz: Arbeiter)			
Selbstständig	–0,031 (0,025)	–0,022 (0,025)	–0,021 (0,025)
Angestellte	–0,054*** (0,015)	–0,051*** (0,015)	–0,050*** (0,015)
Beamte	–0,209*** (0,021)	–0,204*** (0,021)	–0,204*** (0,021)
Arbeitslos	0,020 (0,029)	0,028 (0,029)	0,030 (0,030)
Rentner	–0,114*** (0,027)	–0,105*** (0,027)	–0,106*** (0,027)
Quintile des Haushaltsnettoeinkommens (Referenz: 1. Einkommensfünftel)			
2. Fünftel	–0,059** (0,019)	–0,019 (0,018)	–0,018 (0,018)
3. Fünftel	–0,067** (0,021)	–0,042* (0,019)	–0,039* (0,019)
4. Fünftel	–0,104*** (0,022)	–0,091*** (0,020)	–0,087*** (0,020)
5. Fünftel	–0,150*** (0,022)	–0,137*** (0,020)	–0,134*** (0,020)
Anteil am Haushaltseinkommen	–0,078*** (0,017)	–0,049** (0,016)	–0,047** (0,016)
Arbeitsmarkterfahrung in Teilzeit	0,001 (0,001)	0,001 (0,001)	0,001 (0,001)
Kontrolle Risikobereitschaft	Nein	Nein	Ja
Pseudo R^2	0,059	0,060	0,065
Beobachtungen	18.016	18.016	18.005

1) Erwerbsfähige Bevölkerung im Alter von 18 bis 65 Jahren. Standardfehler in Klammern; signifikant auf dem *10-, **5-, ***1-Prozent-Niveau.
Quellen: SOEP v36; Institut der deutschen Wirtschaft

Tabelle 1: http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/KCDzYR7BD9K9wZZ

Zwar wird in der geschätzten Regression für die Erwerbssituation und den Familienstand der Frau kontrolliert. Wie sicher sich eine Frau über eine finanzielle Absicherung im Alter durch ihren Lebenspartner ist, kann durch diese Kontrollvariablen allerdings nicht abgefangen werden. Zudem fangen die Kontrollvariablen nur den Status quo zum Befragungszeitpunkt ein. Ob eine Frau etwa (weitere) Kinder plant und dafür ihre Erwerbsarbeit unterbricht oder sich zu einem späteren Zeitpunkt um die Pflege von Angehörigen kümmert, kann in der vorliegenden Querschnittsanalyse nicht erfasst werden. Fraglich ist zudem, ob Frauen sich generell häufiger große Sorgen machen. Für die Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation (s. Tabelle 3) findet sich kein statistisch signifikanter Zusammenhang zwischen dem Geschlecht und der Wahrscheinlichkeit, sich große Sorgen zu machen. Auch die Hinzunahme der Risikobereitschaft (Tabelle 1, Spalte 4) ändert an dem Zusammenhang zwischen Geschlecht und Sorge um die Altersversorgung nichts.

Unterscheidet man nach Alterskohorten und nach Befragten in Ost- und Westdeutschland, zeigen sich keine statistisch signifikanten Unterschiede im Sorgenniveau, genauso wenig wie beim Bildungsstand. Dass das Bildungsniveau mit der Sorge um die Altersversorgung nicht in einem signifikanten Zusammenhang steht, kann auf den ersten Blick überraschen. Eine mögliche Erklärung hierfür könnte sein, dass simultan auch für die relative Einkommensposition kontrolliert wird und höhere Bildung sich in höherem Einkommen niederschlägt. Bildung kann also durchaus relevant sein, wenn Sorgen um die Altersversorgung betrachtet werden, nur übersetzt sich Bildung zuerst in ein höheres Einkommen. Der statistisch signifikante Zusammenhang für Befragte mit einem indirekten Migrationshintergrund findet sich nicht in den Daten für 2019 und auch nicht, wenn alle Beobachtungen für die Jahre 2015 bis 2019 zusammen betrachtet werden. Das deutet darauf hin, dass es sich bei dem Befund auf Basis der Daten für 2018 um ein statistisches Artefakt handelt. Zusätzlich zur Unterscheidung nach Ost- und Westdeutschland kann ebenfalls nach Bundesländern differenziert werden. Hier zeigt sich, dass sich Befragte in Bremen und Baden-Württemberg mit signifikant höherer Wahrscheinlichkeit große Sorgen um die Altersversorgung machen, während für Berliner das Gegenteil der Fall ist. Die Hinzunahme der regionalen fixen Effekte auf Bundeslandebene ändert die Ergebnisse nicht.

Mieter machen sich im Vergleich zu Eigentümern mit höherer Wahrscheinlichkeit große Sorgen um die Altersversorgung. Der Unterschied liegt bei gut 6 Prozentpunkten und ist statistisch signifikant. Dies kann zum einen darin begründet sein, dass Eigentümer nicht von den Preisentwicklungen auf dem Mietmarkt betroffen sind. Dagegen sind Eigentümer von der Entwicklung auf den Finanzmärkten betroffen, solange die Immobilie nicht abbezahlt ist. Zum anderen sichert der Immobilienerwerb vor dem elementaren Lebensrisiko, im Alter die Wohnung zu verlieren. Dieser Befund ist besonders vor dem Hintergrund hervorzuheben, dass beim Haushaltsnettoeinkommen bereits der Nettomietvorteil berücksichtigt wird.

Haushaltskontext

Blickt man auf den Familienstand der Befragten und darauf, ob die befragte Person mit Kindern im Haushalt lebt, zeigt sich das folgende Muster: Geschiedene Personen machen sich im Vergleich zu Ledigen mit höherer Wahrscheinlichkeit größere Sorgen um ihre Altersversorgung. Der Unterschied ist statistisch signifikant auf dem 10-Prozent-Signifikanzniveau und liegt bei (knapp) 5 Prozentpunkten, je nachdem, ob für die persönliche Risikobereitschaft kontrolliert wird oder nicht. Vor dem Hintergrund, dass die Altersversorgung innerhalb von Haushalten (oder bei Paaren, die ihre Altersversorgung gemeinsam planen) stattfindet (Beznoska/Pimpertz, 2016, 16), ist dieser Zusammenhang erwartbar. Denn bei einer Scheidung ist die gemeinsam vorgenommene Altersplanung in der Regel nicht realisierbar. Auch wenn ein Versorgungsausgleich für den Partner mit den geringeren Rentenansprüchen – oftmals die Partnerin – für einen gewissen Ausgleich sorgt, stehen beide Partner nach einer Scheidung finanziell meist schlechter da.

Personen, die mit Kindern im Haushalt leben, machen sich mit leicht höherer Wahrscheinlichkeit größere Sorgen um die Altersversorgung als Personen ohne Kinder. Allerdings sind diese Unterschiede nach statistischer Konvention nicht signifikant. Dabei ist zu beachten, dass nicht nach Alter der Kinder differenziert wird. Über alle Entwicklungsphasen von Kindern hinweg erhöht die (finanzielle) Verantwortung für Kinder die Sorge um die Altersversorgung nicht wesentlich.

Erwerbssituation

Betrachtet man den Beschäftigungsstatus der Befragten im Vergleich zur Referenzgruppe der Arbeiter, dann zeigt sich, dass sich Angestellte, Rentner und Beamte

mit geringerer Wahrscheinlichkeit große Sorgen um die Altersversorgung machen. Das gilt auch dann, wenn gleichzeitig für die Einkommenssituation der Befragten kontrolliert wird. Dabei liegt der Unterschied bei Beamten um 20 Prozentpunkte niedriger – bei einem durchschnittlichen Sorgenniveau von 23 Prozent. Dieser Unterschied findet sich ebenfalls bei Betrachtung der deskriptiven Statistik (ohne Kontrolle weiterer Merkmale). Hier liegt das Sorgenniveau für die Gruppe der Beamten bei 3,8 Prozent, während das Sorgenniveau in der Gruppe der Arbeiter durchschnittlich 29,1 Prozent beträgt. Gegeben der Ausgestaltung der Beamtenpensionen überrascht dieser Befund ebenso wenig wie der, dass das Sorgenniveau von Rentnern unter 65 Jahren gut 10 Prozentpunkte unter dem der Referenzgruppe liegt. Ein vorzeitiger Renteneintritt ist meist eine bewusste Entscheidung unter Abwägung von Freizeitpräferenz gegenüber dem Nutzen aus einer Erwerbstätigkeit (etwa dem Lohn oder der Freude an der Arbeit). Selbstständige und Arbeitslose unterscheiden sich in der Wahrscheinlichkeit, sich große Sorgen um die Altersversorgung zu machen, nicht signifikant von Arbeitern.

Blickt man auf das Haushaltseinkommen, zeigt sich ein erwartbares Muster: Je höher das Einkommen ist, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, sich große Sorgen um die Altersversorgung zu machen. Allerdings sind beim bedarfsgewichteten Haushaltsnettoeinkommen nur die Koeffizienten des 4. und 5. Einkommensfünftels auf dem 1-Prozent-Signifikanzniveau statistisch signifikant, der Koeffizient für das 3. Einkommensfünftel ist es immerhin auf dem 10-Prozent-Signifikanzniveau (Tabelle 1, Spalten 3 und 4).

Private und betriebliche Altersvorsorge

Besonders vor dem Hintergrund, dass die neue Bundesregierung im Koalitionsvertrag einen Prüfauftrag für ein Obligatorium zur privaten Altersvorsorge festgehalten hat, ist es relevant zu untersuchen, ob eine private oder eine betriebliche Altersvorsorge als Schutzfaktor gegen große Sorgen um die Altersversorgung wirken kann. Um die private Altersvorsorge zu erfassen, wird gemessen, ob die befragte Person angibt, einen Riester-Vertrag abgeschlossen zu haben. Sonstige renten- und kapitalbildenden Lebensversicherungen oder Sparformen lassen sich im SOEP nur schwer beobachten (Beznoska/Pimpertz, 2016) und werden aus diesem Grund hier nicht weiter betrachtet. Des Weiteren wird im SOEP erfasst, ob Befragte neben der gesetzlichen Rente noch eine betriebliche Zusatzvorsorge oder

Private und betriebliche Altersvorsorge und Sorgen um die Altersversorgung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter

Tabelle 2

Marginale Effekte (AME) aus einem Logit-Modell. Die abhängige Variable ist ein Dummy, der angibt, ob die Befragten im Jahr 2018 große Sorgen um die Altersversorgung äußerten[1)]

	Riester-Rente	Betriebliche Altersvorsorge	Riester-Rente und betriebliche Alters-vorsorge
Riester-Rente (Referenz: keine Riester-Rente)			
Riester	–0,018 (0,012)		–0,015 (0,012)
Betriebliche Altersvorsorge (Referenz: keine betriebliche Altersvorsorge)			
Betriebliche Altersvorsorge		–0,047*** (0,012)	–0,046*** (0,012)
Kontrolle soziodemografische Merkmale	Ja	Ja	Ja
Kontrolle Haushaltskontext	Ja	Ja	Ja
Kontrolle Erwerbssituation	Ja	Ja	Ja
Kontrolle Risikobereitschaft	Ja	Ja	Ja
Pseudo R^2	0,066	0,067	0,068
Beobachtungen	17.952	18.005	17.952

1) Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 18 bis 65 Jahren.
Standardfehler in Klammern; signifikant auf dem *10-, **5-, ***1-Prozent-Niveau.
Quellen: SOEP v36; Institut der deutschen Wirtschaft

Tabelle 2: http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/rAjZbqpKSkfXNor

eine Zusatzversorgung für Angestellte im öffentlichen Dienst (Leistung durch die Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder – VBL) haben.

Tabelle 2 zeigt den Zusammenhang von privater und betrieblicher Altersvorsorge und großen Sorgen um die Altersversorgung unter Berücksichtigung der in Tabelle 1 verwendeten Variablen. Diese dienen in der vorliegenden Schätzung als Kontrolle. Es zeigt sich, dass die private Altersvorsorge in Form eines Riester-Vertrags zwar negativ mit Sorgen um die Altersvorsorge korreliert – die Teilhabe an der geförderten Privatvorsorge kann also das individuelle Empfinden positiv beeinflussen. Allerdings ist der Koeffizient recht klein und statistisch nicht signifikant. Die betriebliche Vorsorge stellt dagegen einen wirksamen Schutzfaktor gegen Sorgen um die Altersversorgung dar (Tabelle 2, Spalte 3). Sorgt der Befragte betrieblich vor, geht dies mit einer um 4,7 Prozentpunkte niedrigeren Wahrscheinlichkeit einher, sich große Sorgen um die Altersvorsorge zu machen. Dieser Zusammenhang bleibt auch bestehen, wenn man zusätzlich für die private Altersvorsorge in Form eines Riestervertrags kontrolliert (Tabelle 2, Spalte 4).

Private und betriebliche Altersvorsorge und Sorgen um die wirtschaftliche Situation bei Rentnern

Tabelle 3

Marginale Effekte (AME) aus einem Logit-Modell. Die abhängige Variable ist ein Dummy, der angibt, ob die Befragten im Jahr 2018 große Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation äußerten[1)]

	Einkommen und Vermögen	Einkommen, Vermögen und betriebliche / private Altersvorsorge
Anwartschaften aus betrieblicher und/oder privater Altersversorgung (Referenz: keine)		
Betriebliche / private Altersversorgung		–0,024* (0,010)
Bedarfsgewichtetes Haushaltsnettoeinkommen (Referenz: 1. Drittel)		
2. Drittel	–0,029* (0,011)	–0,026* (0,011)
3. Drittel	–0,038** (0,013)	–0,037** (0,013)
Rentenvermögen (Referenz: 1. Drittel)		
2. Drittel	–0,031* (0,014)	–0,025 (0,013)
3. Drittel	–0,057*** (0,014)	–0,047*** (0,014)
Kontrolle soziodemografische Merkmale	Ja	Ja
Kontrolle Familienstand	Ja	Ja
Kontrolle Risikobereitschaft	Ja	Ja
Pseudo R^2	0,125	0,131
Beobachtungen	4.400	4.400

1) Bevölkerung im Alter ab 65 Jahren. Standardfehler in Klammern; signifikant auf dem *10-, **5-, ***1-Prozent-Niveau.
Quellen: SOEP v36; Institut der deutschen Wirtschaft

Tabelle 3: http://dl.iwkoeln.de/index.php/s/STdAbWMBfWw657b

Darüber hinaus zeigt Tabelle 3, dass eine betriebliche oder private Altersvorsorge mit einer niedrigeren Wahrscheinlichkeit für große Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation im Alter einhergeht. Hierfür werden Rentner über 65 Jahren betrachtet. Aus diesem Grund entfallen bei den Kontrollvariablen der Erwerbsstatus, der Anteil, den eine Person zum Haushaltseinkommen beiträgt, und die in Teilzeit verbrachte Erwerbszeit. Die Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation liegen bei Rentnern über 65 Jahren bei 5,1 Prozent. Dass das Vorhandensein einer betrieblichen oder privaten Vorsorge diese Sorgen um knapp 2,5 Prozentpunkte senkt, ist im Besonderen vor dem Hintergrund beachtlich, dass zeitgleich für das Einkommen und das Rentenvermögen aus gesetzlicher, privater und betrieblicher Altersvorsorge kontrolliert wird (s. hierzu Niehues/Pimpertz/Stockhausen, 2021). Dieser Befund könnte ein Hinweis darauf sein, dass der gesetzlichen Rente allein als Absicherung im Alter kein hohes Vertrauen geschenkt wird. Die Individuen haben offensichtlich das Motiv einer Lebensstandardsicherung nicht allein der ersten Säule der Alterssicherung anvertraut. Hierbei ist wichtig zu erwähnen, dass

es sich bei dem Sample um Personen handelt, die bei Abkehr vom Ein-Säulen-System bereits 48 Jahre und älter waren. Diese Bevölkerungsgruppe hat wesentliche Zeiten ihres Erwerbslebens in einem System vorgesorgt, in dem allein die Gesetzliche Rente den Lebensstandard im Alter sichern sollte. Auch unter diesen Voraussetzungen scheint das Wissen darüber, dass die eigene Altersvorsorge zu diversifizieren ist, die Wahrscheinlichkeit für wirtschaftliche Sorgen geringer zu halten.

Das Muster für die relative Einkommens- und Rentenvermögenssituation ist wie erwartet: Befinden sich die Befragten in einem höheren Einkommensdrittel, geht dies mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit für große Sorgen um die wirtschaftliche Lage einher. Das gleiche Muster gilt für die relative Position in Bezug auf die Vermögensverteilung. Alle Koeffizienten sind statistisch signifikant. Einzige Ausnahme ist der Koeffizient für das zweite Vermögensdrittel, wenn gleichzeitig das Vorhandensein einer betrieblichen oder privaten Altersvorsorge betrachtet wird.

Fazit

Knapp 30 Prozent der Bevölkerung in Deutschland machten sich im Jahr 2019 große Sorgen um die Altersversorgung. Die vorliegende Untersuchung zeigt, dass große Sorgen um die Altersversorgung bei Frauen, Mietern, Geschiedenen und Personen mit niedrigem Einkommen mit höherer Wahrscheinlichkeit auftreten. Es äußern also jene Gruppen größere Sorgen um ihre Altersversorgung, die mit einer vergleichsweise niedrigen Absicherung im Alter rechnen müssen. Dies kann als Indiz gewertet werden, dass Individuen ihre Vorsorgesituation realistisch einschätzen können. Allerdings zeigt eine deskriptive Untersuchung nach Einkommens- und Altersgruppen, dass sich das Sorgenniveau von Personen im unteren Einkommensdrittel erst mit der Etablierung im Erwerbsleben deutlich von dem Sorgenniveau der oberen zwei Einkommensdrittel unterscheidet. Für das untere Einkommensdrittel folgt daraus die Vermutung, dass die Notwendigkeit zur Vorsorge „zu spät“ erkannt wird. Eine betriebliche Altersvorsorge kann die Wahrscheinlichkeit, sich große Sorgen um die Altersversorgung zu machen, senken. Vor dem Hintergrund, dass betriebliche und private Altersvorsorge in den unteren Einkommensgruppen unterdurchschnittlich verbreitet sind, braucht es weiterführende Untersuchungen hinsichtlich der zugrunde liegenden Ursachen. Dies kann zeigen, ob die Unterversorgung etwa an einer unzureichenden Sparkapazität, einer höheren Gegen-

wartspräferenz oder an mangelnden Informationen liegt. Für sich genommen kann der vorliegende Befund als eine empirische Grundlage für eine Einordnung des Prüfauftrags für ein Obligatorium zur privaten Altersvorsorge mit Opt-out dienen. Auf Basis der hier vorgelegten Befunde, dass große Sorgen um die Altersversorgung gehäuft in abgrenzbaren Gruppen zu finden sind, droht ein Obligatorium über das Ziel hinauszuschießen. Es birgt die Gefahr, dass für das Individuum effizientere Vorsorgeformen verdrängt werden. Dies legt nahe, den Prüfauftrag um Alternativen zu erweitern, die eine gezielte Förderung der privaten und betrieblichen Altersvorsorge für Personen mit einem hohen Altersarmutsrisiko ermöglichen.

Literatur

Beznoska, Martin / Pimpertz, Jochen, 2016, Neue Empirie zur betrieblichen Altersvorsorge - Verbreitung besser als ihr Ruf, in: IW-Trends, 43. Jg., Nr. 2, S. 3–19

Calderón, Mariano / Niehues, Judith / Stockhausen, Maximilian, 2020, Wie verteilt sich der Wohlstand in Deutschland? Eine kombinierte Betrachtung von Einkommen und Vermögen, in: IW-Trends, 47. Jg., Nr. 3, S. 39–60

Diermeier, Matthias / Niehues, Judith, 2021, Ungleichheits-Schlagzeilen auf Bild-Online – ein Sprachrohr der Wertehierarchie?, erscheint in: Zeitschrift für Politikwissenschaft

Kochskämper, Susanne, 2016, Die Förderkulisse der privaten Altersvorsorge. Status quo und Reformoptionen, IW-Report, Nr. 23, Köln

Niehues, Judith / Pimpertz, Jochen / Stockhausen, Maximilian, 2021, Gerechtes Deutschland – Die Rolle der Vermögen, Gutachten für die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw), Köln / Berlin

Niehues, Judith / Schüler, Ruth Maria / Tissen, Jana, 2021, Selektiver Medienkonsum und sozioökonomisches Unwissen: Ein Katalysator für Unzufriedenheit?, in: IW-Trends, 48. Jg., Nr. 2, S. 23–44

Pension Concerns in Germany: Determinants and Normative Implications

The level of statutory pensions for future generations is set to decline systematically. If future retirees are to maintain their standard of living, they will therefore need to supplement their statutory benefits with private and occupational pensions – a change already initiated with the pension reforms of the early 2000s. However, the occupational and private pension coverage of certain parts of the population, such as low earners, is well below the national average. The present study examines how individuals perceive the issue of old-age pensions, analysing data from the German Socio-Economic Panel to determine how concern about future pension entitlements is distributed among the population. The results show that women, tenants, divorcees and people with relatively low incomes are more likely to be concerned about their pension coverage than their peers in other groups. In addition, those enrolled in an occupational pension scheme are less likely to experience anxiety on this account. While the new government's coalition agreement includes the possibility of making financial planning for retirement compulsory, albeit with an opt-out clause, the empirical findings presented here suggest that it would be more advisable to focus on those parts of the population facing a high risk of old-age poverty and concentrating on fostering adequate pension provision there.

IW-Trends – Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung aus dem Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V., 49. Jahrgang, Heft 1/2022; ISSN 0941-6838 (Printversion); ISSN 1864-810X (Onlineversion). Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung erhalten Sie über lizenzen@iwkoeln.de © 2022, IW Medien GmbH, Köln